

**3. Jahrestagung
der
DVPW Ad-hoc-Gruppe
„Sozialpolitik im europäischen Mehrebenensystem“**

**Politische Öffentlichkeit im europäischen Mehrebenensystem
Analysen der Entwicklungsbedingungen einer sozial-solidarischen Gesellschaft in der
Europäischen Union**

**25. - 27. September 2008
Hotel Bergström, Lüneburg**

*gemeinsame Tagung mit
dem AK „Politik und Kommunikation“ und der Hans-Böckler-Stiftung*

Call for Papers

Folgt man den Theorien von Habermas und überträgt sie auf den europäischen Integrationsprozess, so ist die Entwicklung einer sozial-solidarischen Gesellschaft in der Europäischen Union vom demokratischen Regieren in der Union abhängig. Erforderlich ist ein Verfahrensrecht, dass allen Unionsbürgerinnen und -bürgern Teilnahme- und/oder Teilhaberechte am integrationspolitischen Regieren gewährt und somit eine europäische Öffentlichkeit erzeugt. Voraussetzungen sind die wechselseitige Beobachtung und Integration der mitgliedstaatlichen Diskurse und Öffentlichkeiten, womit die Ebene der politischen Kommunikation angesprochen ist. Hierbei scheinen nicht nur die demokratische Verfasstheit der Europäischen Union, sondern auch die kulturelle und sprachliche Vielfalt in den Mitgliedstaaten sowie die Fragmentierung in nationale Mediensysteme die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit zu erschweren.

Doch gerade in den Politikfeldern des Sozialen sind unlängst neue Regierungsformen etabliert worden, die den Bürgerinnen und Bürgern neue Teilnahme- und/oder Teilhaberechte ermöglichen. Sie kursieren unter dem *Label* ‚Methode der offenen Koordinierung‘ (MOK). Diese Regierungsformen zeichnen sich dadurch aus, dass auf europäischer Ebene nationale Politikgestaltungen vorbereitet, koordiniert und evaluiert aber auf den mitgliedstaatlichen Ebenen formuliert, verrechtlicht und implementiert werden; Sozialpolitik findet im europäischen Mehrebenensystem statt, ihre Vermittlung aber in nationalen wie transnationalen Räumen. Damit bieten die neuen Formen des Regierens prinzipiell die Chance, eine europäische Öffentlichkeit und somit auch einen europäischen sozial-solidarischen Gesellschaftsbildungsprozess in den nationalen Arenen zu befördern. Freilich ist die Thematisierung bzw. Transparenz des europäischen Hintergrundes der mitgliedstaatlichen Sozialstaatsreformen im Rahmen der Lissabon-Strategie hierfür die unablässige Voraussetzung.

Bislang existieren fünf Forschungsstränge, die zur Erhebung des Entwicklungsstandes eines sozial-solidarischen Gesellschaftsbildungsprozesses in der Europäischen Union dienlich sein können:

- (1) Analysen des europäischen und mitgliedstaatlichen Verfahrensrechts,
- (2) Analysen der teilnehmenden Partizipation,
- (3) Analysen der teilhabenden Partizipation,
- (4) Analysen der Legitimierungen des Regierens sowie

(5) Analysen der europäischen Öffentlichkeit(en) und politischen Kommunikation.

Dieser *Call for Papers* richtet sich an die Forschenden in den fünf Bereichen sowie Sozialpolitikforschende. Erwünscht sind methodologische und/oder empirische Beiträge, die das Regieren im europäischen Mehrebenensystem auf seine sozial-solidarischen Gesellschaftsbildungswirkungen in der Europäischen Union hin analysieren und dabei die Einflüsse oder Rückwirkungen auf die politische(n) Öffentlichkeit(en) hinterfragen. Auch *Work in Progress* ist willkommen. Erbeten sind einseitige *Abstracts*, die bis zum **1. Januar 2008** an Ute Behning (ute.behning@gmx.de), Frank Marcinkowski (frank.marcinkowski@uni-muenster.de) **und** Jens Tenscher (tenscher@uni-landau.de) überstellt werden können.

Für den Eröffnungsvortrag der Lüneburger-Tagung ist Jürgen Habermas angefragt. Hauke Brunkhorst hat einen Impulsvortrag zugesichert. Claus Offe ist für einen weiteren Impulsvortrag angefragt. Außerdem stehen die folgenden ExpertInnen der einzelnen Forschungsfelder als ModeratorInnen bzw. KommentatorInnen zur Verfügung: Jürgen Gerhards (angefragt), Beate Kohler-Koch (angefragt), Michèle Knodt, Hans J. Lietzmann, Rainer Schmalz-Bruns, Hans-Jörg Trenz und Hartmut Weßler (Stand: 7. August 2007).